

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abo-Preis mit der täglichen Auflage 10. Tsd. 25 Pf. Zuschläge nach dem Bruttolohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 3.00 M. unter freiem Händel für Deutschland und Österreich gegen M. 5.00. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dienstag bis 10. Tsd. 25 Pf. Sonn- und Feiertage nur wochentlich von 12 bis 1 Uhr. Zeitung wird Rabatt genutzt, ebenso auf Versandkosten. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind am Abend zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Abonnementen werden die Gesamtpreise mit 35 Pf. berechnet, da diesmalige Wiederholung wird Rabatt genutzt, ebenso auf Versandkosten. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind am Abend zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 52.

Dresden, Sonnabend den 3. März 1917.

28. Jahrg.

## Verschärfung der deutsch-amerikanischen Spannung.

Die Spannung zwischen Deutschland und Amerika ist jetzt größer geworden. In der amerikanischen Presse wurde die Mitteilung gemacht, daß der deutsche Gesandte in Amerika beauftragt war, für den Fall einer amerikanischen Großoffensive am Deutschland Mexiko ein Bündnis anzustreben. Diese Mitteilung hat natürlich großes Aufsehen erregt und hat auch bei den Verhandlungen des amerikanischen Kabinetts einen großen Platz gespielt, von dem zuletzt wettgehende Bündnisse gegen Deutschland verlangt. Das Neutralitätshaus hat zwar, soweit man aus den vorliegenden Nachrichten seien kann, nicht alle Wünsche Wilsons erfüllt, sondern sich nur für eine Bewaffnung der amerikanischen Handelschiffe ausgesprochen, aber die Veröffentlichung der dem deutschen Gesandten in Mexiko erteilten Instruktionen hat offenbar den Widerstand gegen Wilson sehr verstärkt.

## Der eventuelle deutsche Bündnisvorschlag an Mexiko.

Wilson's Telegraphen-Bureau meldet folgendes: Berlin, 2. März. Die amerikanische Presse enthält Anweisungen des Auswärtigen Amtes an die deutschen Gesandten in Mexiko für den Fall, daß es Deutschland nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs nicht gelingen sollte, die Vereinigten Staaten neutral zu erhalten. Diesen Befehlen liegt folgender Sachschluß zu Grunde.

Zudem der Entschluß gefaßt worden war, am 1. Februar d. J. den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu beginnen, wäre mit Sicherheit auf die bisherige Haltung der amerikanischen Regierung mit der Möglichkeit eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten gerechnet werden. Daß diese Rechnung richtig war, haben die Tatsachen bewiesen, denn die britannische Regierung hat selbst nach der Bekanntgabe einer Sperrgebietserklärung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und die übrigen neutralen Nationen forderten, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Da Voransicht dieser Möglichkeiten war es nicht nur so leicht, sondern auch die Pflicht der Reichsleitung, auch in den Fall eines kriegerischen Konfliktes mit den Vereinigten Staaten von Amerika rechtzeitige Vorbereitung zu treffen, um den Austritt eines weiteren Gegners zu verhindern wenn möglich auszugleichen. Der Kaiserliche Gesandte in Mexiko ist deshalb Mitte Januar beauftragt worden, für den Fall, daß uns die Vereinigten Staaten den Krieg erklären sollten, den mexikanischen Regierung ein Bündnis anzubieten und die weiteren Einzelheiten zu vereinbaren. Die Weisung verbotte im übrigen den Gesandten ausdrücklich, kleinere Schritte bei der mexikanischen Regierung zu unternehmen, bevor er von der erfolgreichen amerikanischen Kriegserklärung Kenntnis erlangt habe.

Auf welche Art und Weise die amerikanische Regierung der auf geheimer Weise nach Mexiko reisenden Delegation Kenntnis erhalten hat, ist nicht bekannt; doch scheint der Vertrag — um einen solchen dürfte es sich handeln — auf amerikanischem Gebiet verabschiedet worden zu sein.

Der Lokalangeiger berichtet zum deutschen Bündnisvorschlag: Aus der amtlichen deutschen Darstellung geht hervor, daß wir um die Beseitigung einer diplomatisch-militärischen Bedrohung gehandelt hat, zu der die deutsche Regierung nicht nur keine Reaktion, sondern vom Standpunkt der wirklichener Perspektive einen möglichen Angriff auf und vorwärts die Vereinigten Staaten bildet. Der Bericht, durch den Wilson von der deutschen Regierung erhalten hat, ist von ihm in ehrlicher amerikanischer politischer Ausgestaltung vorgetragen. Die große Weisheit, die er bei seiner Erklärung über die Frage seiner Vollmachten zur Abwehr der U-Boote erhalten hat, ist augenscheinlich auf die gute Absicht mit den Erklärunghen über Deutschland und Mexiko zurückzuführen.

Über die Sitzung selbst wird noch aus Washington geschrieben: Wilsons persönlicher Einfluß und der aller seiner Freunde hat nicht genügt, die volle Sicherheit zu geben, daß er den Präsidenten die gewünschten Befreiungen verschafft. Deshalb wurde der Associated Press das Material mit unbestimmten Entwicklungen über Verhandlungen zwischen Deutschland und Mexiko zur Verfügung gestellt. Die Spannung im Lande war so gewaltig, als ginge es um das Ergebnis einer Wahlkampagne. Ununterbrochen kamen Boten, ganze Posten von Deutschen in den Sitzungssaal zu bringen. Schließlich hat dashaus den Antrag Wilsons mit 13 Stimmen angenommen.

Das Rotterdamer wird hierzu gemeldet: Um das letzte Säger des amerikanischen Kabinetts in der Frage der Kriegsvollmachten des Präsidenten zu überwinden, greift die amerikanische Regierung zu dem vorläufigen Mittel der Enthüllung eines angeblichen

## Herrige Infanteriegefechte an beiden Andre-Usfern. — Erfolgreicher Vorstoß gegen die Russen bei Luck.

(M. T. W.) Amstel. Großes Hauptquartier, den 2. März 1917.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Vor Tagebruch verlorenen Verteidigungsabteilungen der Engländer bei Gullow und Stevin, in den Abendstunden an mehreren Stellen der Armeestrukte kleinere Truppen, in unsere Hände zu bringen; sie sind überall zurückgeschlagen worden.

Auf beiden Andre-Usfern spielen sich wieder heftige Infanteriegefechte ab, die denen der Frieden geben blutigen Verlusten 60 Gefangene und 8 Waffenengenreiche einkörte.

An der Höhe und in der Champaque schlugen Vorstöße der Franzosen gegen einige unserer Gruppen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Großes Blut und Narcolese sowie am Stocken war das Artilleriefeuer lebhafter als in den Vorigen.

### Komplett, das die deutsche Regierung

durch Vermittlung von Mexiko und mit Hilfe von Japan gegen die Vereinigten Staaten angezeigt hat. Späteren Depechen aus Washington berichten über die Entwicklung der Dinge. Wenn man die chronologische Reihenfolge der Meldeungen betrachtet, kommt zuerst eine Mitteilung der Associated Press, die Reuter aufgibt das folgende enthält: Als Deutschland den uneingeschränkten U-Bootkrieg plante, sagten es Mexiko und Japan ein Bündnis vor für den Fall, daß die Vereinigten Staaten nicht neutral bleiben würden. Mexiko sollte bei Japan erwirken, daß dieses seine Alliierten im Süden sich nicht an dem Angriff gegen Amerika beteilige. Als John sollte Mexiko Deutschlands finanzielle Unterstützung sowie Texas, Neumexiko und Arizona, weiter keinen Aufschub an den Bedingungen des Siegreichen Reiches haben, den Deutschland erreden würde. Die Regelung der Engländer wurde dem deutschen Gesandten in Mexiko von Edvard überlassen, der in einer vom Staatssekretär für Amerika unterzeichneten Anweisung vom 19. Januar beauftragt wurde, Carranza ein Bündnis mit Mexiko vorzuschlagen und ihm anheim zu stellen, daß Mexiko Japan in die Verbündung hineinzuziehen sollte. Eine Anweisung wurde Herrn von Edvard von dem Vorsitzenden des Reichstags zugestellt, der damals ja eben amtierte, mit freiem Gehalt nach Hause zurückzukehren. Deutschland und Mexiko gegenüber so dar, als ob England gestolzen sei und als ob Deutschland durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg die Welt beherrsche. Eine

### Widmung der Anweisung

für in den Händen der amerikanischen Regierung.

Nach Reuterberichten aus Washington hat das Mittel gewirkt, der Kongreß setzt sich jetzt vorbehaltlos auf die Seite des Präsidenten.

Die Republikaner im Senat verzichten auf ihre

Opposition und unterstützen den Präsidenten. Im Abgeordnetenhaus brachte, obgleich schon der Regierungsauftrag vorlag, der Abgeordnete Blood auch seitens des Hauses einen Antrag zur Bezeichnung der amerikanischen Handelsflotte usw. ein. Lauter Beifall erlangte, als er für das „Recht“ der Amerikaner, auf dem Ozean zu reisen, eintrat und sagte: „Wir hoffen, dieses Recht in friedlicher Weise aufrechtzuerhalten. Wenn das aber nicht möglich ist, werden wir es mit den Waffen verteidigen.“ Der demokratische Führer Wilson, ein Mitglied der sogenannten pazifistischen Gruppe, teilte unter Beifall mit, daß die pazifistische Gruppe die Besitzergreifung unterstützte werde. Nach weiteren Mitteilungen legt er in Washington verschiedene militärische Rückschlüsse an und willigte einstimmig die Streichung der Klausur, wonach die Vereinigten Staaten ihre internationalen Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht beizulegen haben. Der Senat nahm endlich einstimmig an, daß die Billigung von 535 Millionen Dollar auspricht.

† Washington, 2. März. Reuter. Der Senat nahm einen Zusatzantrag zum Schiffsgesetz an, nach dem alle Bewilligungen sofort, anstatt erst im Juli, in Kraft treten. Senator Lodge, der mit Nachdruck für die Annahme eintrat, sagte dabei: Das Land ist in einer Lage, die die Kriege in kürzester Frist bringen kann. Der Senat nahm ferner einen Zusatzantrag zur Errichtung einer weiteren Schiffswerft an der Küste des Stillen Ozeans an und billigte einstimmig die Streichung der Klausur, wonach die Vereinigten Staaten ihre internationalen Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht beizulegen haben. Der Senat nahm endlich einstimmig an, daß die Billigung von 535 Millionen Dollar auspricht.

† Washington, 2. März. Reuter. Der Senat nahm eine Vorlage an, die 150 Millionen Dollar Bonds für den Ausbildungsfonds, 115 Millionen Dollar für den Präsidenten zur Beschaffung des Schiffbaus und 35 Millionen Dollar für die Vermehrung der Unterseeboote vorsieht.

22 Schiffe von insgesamt 64500 Tonnen versenkt.

### Rampfe eines U-Bootes gegen eine Tauchbootsschiff

Berlin 2. März. (Amtlich) Zwei neuendrigs zusätzliche Unterseeboote haben 15 Dampfer und 7 Segler von insgesamt 64500 Brutto-Tonnen versenkt. Eins dieser Unterseeboote traf vor der Südwestküste Irlands einen als Unterseeboot 9. Klasse eingerichteten Tiefwasserfänger mit vier gutverdeckten Breitseitgeschützen, der auch seine Schiffe dazu benutzte, Wasserbomben gegen das Unterseeboot zu werfen.

Nach dem Aufsuchen führte das Unterseeboot von 3 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden gegen die Unterseebootsfalle und einen hinzutreffenden Unterseeboot 9. Klasse der „Hogglow“-Klasse ein Artilleriegefecht, bei dem mindestens drei Treffer auf den „Hogglow“ erzielt wurden.

Durch die Versenkung dieser Schiffe sind u. a. vernichtet:

8800 Tonnen Granaten, 2300 Tonnen Getreide, 3000 Tonnen Leinsamen, ferner etwa 15000 Tonnen Kohle, 2000 Tonnen Kriegsmaterial, 3500 Tonnen Stückgut, 4300 Tonnen Öl, 1200 Tonnen Eisen und 1800 Tonnen Erzvölle.

Der Chef des Admiraltäters der Marine.

### Minen- und Torpedooper

London, 2. März. Die Times geben folgende Schiffsvorfälle an: Dampfer Wattfield, 2012 Tonnen, die Stahlboot 3 und 4 und 1416 Tonnen, und Walschotter Techny.

London, 2. März. Reuter. Barke Saigom-Castle,

1600 Brutto-Registertonnen, aus Belfast, wurde am Dienstag nachmittag von einem deutschen U-Boot versenkt. Eines der beiden